

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
03/2011(II)*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Aufgrund der schrecklichen Ereignisse in Japan und der katastrophalen Situation im AKW Fukushima fand gestern eine Sondersitzung des Nationalrates statt. Im Fokus standen vor allem die Konsequenzen, die Europa mit Blick auf die eigene Energiepolitik aus Fukushima ziehen sollte.

Wie immer findet Ihr in meiner Parlamentsmail eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse des Sitzungstages, meinen Redebeitrag zur Parlamentsdebatte und einen Überblick über meine ausgeschickten Pressemitteilungen. Zusätzlich findet Ihr in dieser Ausgabe einen kurzen Bericht über eine sehr interessante Diskussionsveranstaltung mit dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der niederländischen Sozialdemokraten, Job Cohen, über die sozialdemokratischen Ansätze einer europäischen Integrationspolitik.

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Dienstag, den 22. März fand eine Sondersitzung des Nationalrates statt. Am Vormittag wurden die aktuellen Perspektiven der österreichischen und europäischen Energiepolitik nach Fukushima diskutiert. Am Nachmittag stand ebenfalls die Anti-Atompolitik der Bundesregierung im Rahmen einer Dringlichen Anfrage auf der Tagesordnung.

Bundeskanzler Werner Faymann bekräftigte, dass in der Frage der Atomkraft alle – Regierung und Opposition – auf einer Seite stehen. Es gilt nun, alle Kräfte zu mobilisieren, um ein **Ausstiegsszenario aus der Atomenergie** voranzutreiben – denn nur ein Ausstieg aus dieser Technologie bedeutet Sicherheit. Die Aufgabe der SPÖ ist es jetzt, **Energieeffizienz** und **erneuerbare Energien** voranzutreiben und zu stärken, die Atomkraft zurückzudrängen und auf lange Sicht zu beseitigen. Das Ziel ist ein Auskommen ohne Atomstrom.

Dazu hat die Bundesregierung einen **Aktionsplan für den Ausstieg aus der Atomenergie** beschlossen. Wir gehen auf allen Ebenen Europas entschlossen und konsequent gegen die Nutzung der Atomenergie vor. Darüber hinaus behält sich Österreich in Sachen **grenznaher AKW** vor, rechtliche Schritte zu setzen und gegebenenfalls auch Klagen einzubringen. Auch eine Änderung des **Euratom-Vertrags** zur Vorbereitung eines Ausstiegsszenarios aus der Atomenergie und zur Förderung erneuerbarer Energien ist voranzutreiben.

Auch **SPÖ-Klubobmann Josef Cap** betonte, dass Österreich einen wichtigen Beitrag zum europa- und weltweiten Atomausstieg leistet. Atomenergie ist nicht beherrschbar, sie verzeiht keine Fehler. Sie ist aus ökonomischen, sicherheitspolitischen und moralischen Gründen abzulehnen. Darüber hinaus ist die Atomenergie **keine wettbewerbsfähige Energieform**. Die Kosten für beispielsweise Zwischen- und Endlagerung, Abbau von Kraftwerken oder die Beseitigung von Schäden und Folgen atomarer Unfälle und Störfälle müssen berücksichtigt werden.

Österreich kann und wird seinen Beitrag zu einem Atomausstieg leisten. Für den Ausstieg aus der Atomenergie muss es Druck von unten geben. Die Bereitschaft der Bevölkerung, sich gegen die Atomkraft zu engagieren, ist da. Daher war die Initiative von Bundeskanzler Faymann und SPD-Vorsitzendem Sigmar Gabriel für eine **europäische Volksbegehrensbeziehung** gegen die Atomlobby und ihre Befürworter genau richtig.

SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian betonte, dass die **Atomenergie nicht die Zukunft der EU-Energiepolitik** sein dürfe. Für die bevorstehenden **AKW-Stresstests** verlangte Katzian, dass sie verbindlich sind, nach klar ausformulierten einheitlichen Kriterien ablaufen und dass sie, falls nötig, Konsequenzen nach sich ziehen. Wenn bei einem AKW rauskommt, dass es Schrott ist und eine Gefährdung darstellt, muss es abgeschaltet werden.

SPÖ-Bundeschäftsführerin Laura Rudas richtete an den ÖVP-Abgeordneten Wolfgang Schüssel den dringenden Appell, aus dem Aufsichtsrat des Atomkonzerns RWE auszusteigen, um ein Zeichen gegen die Atomlobby zu setzen. Der Atomkonzern RWE mache allein in einem Jahr 53 Milliarden Euro Umsatz – mehr als das BIP eines kleineren EU-Landes. Daher gelte es, eine Bürgerbewegung zu starten und gemeinsam gegen die Atomlobby zu kämpfen.

Einen Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gegen Atomkraft forderte **SPÖ-Bundeschäftsführer Günther Kräuter**. International kann Österreich Vorreiter in der Energiegewinnung sein, indem es Schluss mit importierter Atomkraft macht – „radikal und ohne doppelten Boden und Kompromiss“, wie Kräuter unterstrich. Euratom könnte neu aufgestellt werden und zu einer Art „Ausstiegsagentur“ aus der Atomkraft werden.

Im Rahmen der Beantwortung der Dringlichen Anfrage betonte auch **Staatssekretär Josef Ostermayer**, dass Atomenergie keine Energieform der Zukunft ist. Das habe die Katastrophe in Japan zweifelsfrei bewiesen. Der im Ministerrat beschlossene **Anti-Atom-Aktionsplan** spricht sich gegen jede Form der Förderung von Kernenergie und den Bau neuer AKW aus und lässt keinen Zweifel daran, dass Österreich konsequent für einen endgültigen Atomausstieg steht. Oberste Priorität muss der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt haben.

Parlamentsrede vom 22.03.2011

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):

Frau Präsidentin! Herr Minister! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren!

Die Ereignisse in Japan machen uns sehr tief betroffen und führen uns auf eine schreckliche Art und Weise vor Augen, wie unbeherrschbar Atomkraft ist. Erhöhte Strahlenwerte finden sich nicht nur in der Umgebung der Kernkraftwerke, sondern erhöhte Strahlung wurde bereits in Lebensmitteln, im Meerwasser, aber auch im Trinkwasser gefunden. Die Konsequenzen können Sie sich vorstellen. Sie kennen alle die Folgen von Tschernobyl. Japan wird, und das ist zu befürchten, noch jahrelang an dieser Katastrophe leiden.

Ich möchte Ihnen ein Zitat aus der „Zeit“ vorlesen, das eigentlich sehr gut zusammenfasst, was zur Atomkraft zu sagen ist:

„Die Katastrophe in Japan läutet das Ende des atomaren Menschheitstraums ein, der längst zu einem Albtraum geworden ist. Nirgendwo auf der Welt ist ein ernst zu nehmendes Endlager für den strahlenden Müll in Sicht, kein Atommeiler ist sicher vor Sabotage oder terroristischen Anschlägen, die meisten Kernkraftwerke halten nicht einmal Flugzeugabstürzen stand. Und der Horror in Japan könnte die schlimmsten Befürchtungen noch übertreffen. Auch den Atomverfechtern müsste von Stunde zu Stunde klarer werden: Diese Technik ist unbeherrschbar. Sie verzeiht keine Fehler. Sie ist unmenschlich. Und deshalb nicht zu gebrauchen.“

– Ich finde, das bringt das gut auf den Punkt. Es gibt also nur eine Möglichkeit, wie wir diesen Gefahren nachhaltig entgehen können und das ist die sofortige Einleitung eines europa- und weltweiten Atomausstiegs, denn das ist die einzig sichere Variante.

Ich bin sehr froh darüber, dass die Bundesregierung heute einen entsprechenden Aktionsplan beschlossen hat und damit auch ihr Engagement in diese Richtung für einen solchen Ausstieg bekräftigt hat.

Die Katastrophe in Japan zeigt uns aber auch sehr deutlich, dass die Bedrohung durch atomare Strahlung vor keinen Grenzen halt macht, und in Österreich wissen wir das schon lange und haben uns daher aus gutem Grund vor langer Zeit gegen die Nutzung der Atomkraft ausgesprochen.

Für uns stellt sich aber auch die Frage, wie wir vor allem die Atombefürworter und -befürworterinnen überzeugen können. Wir können gegen die Wand laufen, ohne das die Wand Schaden nimmt, oder wir können uns überlegen, mit welchen Mitteln wir die Wand niederreißen können. Dafür ist eine gemeinsame Anstrengung notwendig und nicht Versuche, politisches Kleingeld daraus zu schlagen. Jeder von uns ist gefordert, in seinem Umfeld und mit seinem jeweiligen Möglichkeiten Überzeugungsarbeit für diesen von uns gewollten und angestrebten Atomausstieg zu leisten.

Meine Damen und Herren! Das gilt auch für unsere Aktivitäten in EURATOM. Nehmen wir jetzt einmal an, wir würden sofort aus EURATOM aussteigen. Was würde das bewirken? – Zuerst gäbe es wahrscheinlich einen jahrelangen Rechtsstreit, und selbst dann, wenn der Ausstieg dann rechtlich möglich wäre: In welche Situation würden wir dann geraten? Wir müssten tatenlos zuschauen, wie sich die Atomstaaten untereinander ihre eigenen Regeln ausmachen, und wir könnten nichts dazu beitragen, wir könnten das nicht in die richtige Richtung leiten. Wir würden also gegen die Wand laufen anstatt sie niederzureißen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Pirkhuber.*)

Unser Ziel muss es sein, einen europaweiten Atomausstieg zu verwirklichen. Deswegen hat es heute auch einen Entschließungsantrag von uns und unserem Koalitionspartner gegeben, der viele Punkte beinhaltet, wie wir diesen Weg gehen können, zum Beispiel die Forderung nach einer Euratom-Vertragsrevisionskonferenz.

Weiters geht es darum, dass die Sicherheitsforschung zu Lasten anderer Bereiche des Forschungsprogramms massiv verstärkt wird.

Wir treten dafür ein, dass das Euratom-Forschungsprogramm ausschließlich für die Forschung zu nuklearer Sicherheit, für Risikoforschung und Strahlenschutz verwendet wird.

Wir fordern eine rigorose Sicherheitsüberprüfung, diese sogenannten Stresstests, wenn Sie wollen.

Wir fordern auch, dass dieser „Stresstest“ nicht nur verpflichtend ist, sondern dass, wenn er negativ ausfällt, daraus auch sofort Konsequenzen zu ziehen sind.

Meine Damen und Herren! Mit Unterstützung durch die Bevölkerung können wir diese unsere Ziele erreichen – einige der Maßnahmen, die wir fordern, habe ich Ihnen soeben dargelegt. Ich meine, wir sollten gemeinsam an der Erreichung dieser Ziele arbeiten. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Pressemeldungen & Veranstaltungen:

[Nationalrat - Muttonen: Europaweiter Atom-Ausstieg ist einzig sichere Variante](#)
(22.03.11)

[Muttonen an Grüne - "Das Instrument der europaweiten Volksabstimmung gibt es nicht"](#) (22.03.11)

[Muttonen zu Causa Strasser: Klare Lobbybeschränkungen dringend nötig](#) (18.03.11)

[Kulturausschuss fordert "Masterplan" für öffentliche Bibliotheken Schmied nimmt zum Rücktritt von MAK-Direktor Noever Stellung](#) (16.03.11)

[Vollendung des Binnenmarkts soll Wachstum in EU ankurbeln EU-Unterausschuss zu Vorschlägen der Kommission](#) (15.03.11)

[Europäische Energiepolitik ist einer Neubewertung zu unterziehen EU-Unterausschuss diskutiert EU-Energiestrategie 2020](#) (15.03.11)

[Muttonen/Katzian: Europa- und weltweiter Atomausstieg jetzt!](#) (15.03.11)

[Muttonen: EU muss Vorreiterrolle bei der Besteuerung von Finanztransaktionen einnehmen](#) (09.03.11)

Diskussion mit Job Cohen zur Integrationspolitik in Europa



Am 14. März hatte ich das große Vergnügen auf einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung zum Thema Integration, den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der niederländischen Sozialdemokraten, Job Cohen, kennenzulernen.

Job Cohen war vom Renner Institut zu der Veranstaltung eingeladen worden, um einen Einblick in die von Rechtspopulisten wie Geert Wilders geprägte Integrationsdebatte in den Niederlanden zu geben und sein eigenes sozialdemokratisches Integrationsmodell vorzustellen.

Der 63-jährige Sozialdemokrat stammt aus einer liberal-jüdischen Familie. Seine Eltern überlebten die Nazi-Herrschaft im Versteck, seine Großeltern väterlicherseits kamen im KZ Bergen-Belsen ums Leben. Im Laufe der Veranstaltung wurde deutlich, dass Job Cohen, auf eine große praktische und erfolgreiche Erfahrung in der Integrationspolitik zurückgreifen kann.

Von 2001 bis 2010 war Cohen Bürgermeister von Amsterdam, wo 177 verschiedene Nationalitäten miteinander leben. In seine Amtszeit fielen die Terroranschläge von New York, Madrid und London sowie die Ermordung des islamkritischen Filmemachers Theo van Gogh in Amsterdam.



Während es in den gesamten Niederlanden zu gewalttätigen Ausschreitungen kam, schaffte es Cohen, gemeinsam mit seinem muslimischen Stellvertreter Ahmed Aboutaleb (mittlerweile Bürgermeister von Rotterdam), dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Amsterdam ruhig und besonnen blieben.

Der Erfolg seiner Politik, für die er vom Times Magazin 2005 zum Helden Europas erklärt wurde, beruht auf strikten Regeln und einem intensiven und offen geführten Dialog mit den MigrantInnen innerhalb der Bevölkerung. Eine intensive Förderung bei Bildung und Arbeit verbindet Cohen mit einer strikten Ordnungspolitik, der Einbeziehung der MigrantInnen in die gemeinsame Verantwortung für die Stadt und der strengen Forderung, die niederländische Sprache zu lernen und die bestehenden Gesetze zu achten.

Mit dieser Politik hat sich Cohen sowohl bei der alteingesessenen Bevölkerung als auch bei den MigrantInnen viel Ansehen und Respekt erworben.

Es ist ihm gelungen, der spaltenden und xenophoben Politik der niederländischen Populisten ein praxiserprobtes, sozialdemokratisch geprägtes Integrationsmodell gegenüberzustellen, auf dem mittlerweile die Hoffnungen vieler Niederländer ruhen.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Doktor-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien